

Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

Fragen

Wird sich Ihre Partei im Landtag dafür einsetzen, dass in Sachsen-Anhalt ein Landesbetreuungsgeld für Eltern, die ihre U3-Kinder selbst betreuen, eingeführt wird?

Wenn ja, welche Höhe des Betreuungsgeldes strebt Ihre Partei an?

Antwort

Das Beispiel Thüringen hat die negativen Auswirkungen eines Landesbetreuungsgeldes gezeigt. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt lehnt die Einführung eines Landesbetreuungsgeldes in Sachsen-Anhalt ab.

Fragen

Wird sich Ihre Partei im Bundesrat für eine Beseitigung der sich aufgrund des Elterngeldgesetzes ergebenden Diskriminierung von Eltern mehrerer Kinder einsetzen?

Wird sich Ihre Partei darüber hinaus für eine Gleichberechtigung der Mütter/ Väter einsetzen, die ihre Kinder länger als das erste Lebensjahr selbst betreuen?

Hält es Ihre Partei für mit dem Grundgesetz vereinbar, wenn der Staat über die gesetzliche Zuerkennung oder Nicht-Zuerkennung staatlicher Leistungen, Eltern in ihrer Entscheidung, wie sie ihre Kinder erziehen, zu beeinflussen versucht, wie das durch die Ausgestaltung des Elterngeldgesetzes und die einseitige Finanzierung der Fremdbetreuung geschieht?

Antwort

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt sieht Eltern, die während des Elterngeldbezugs erneut Kinder bekommen, bei der dann verlängerten Elterngeldzahlung nicht benachteiligt, da stets auf die letzten 12 Monateinkommen aus Erwerbstätigkeit zurückgegriffen wird und die Elterngeldmonate nicht in die Berechnung aufgenommen werden. Dies ist auch logisch, da es sich beim Elterngeld um eine Lohnersatzleistung handelt. Rechnerisch bildet das Einkommen die Basis für eine Lohnersatzleistung, nicht die Lohnersatzleistung selbst.

Allen Eltern steht die Entscheidung, wie lange sie ihr Kind häuslich betreuen wollen, grundsätzlich frei. Eltern können wählen, ob sie einen Kita-Platz in Anspruch nehmen wollen oder nicht. Natürlich hat dieser Entscheidungsspielraum auch gewisse Grenzen (Notwendigkeit eines Erwerbseinkommens z.B.).

Ja, DIE LINKE. Sachsen-Anhalt hält die genannten Punkte für grundgesetzkonform. Die Frage, ob Elterngeld beantragt wird oder nicht, hat primär nichts mit der Frage zu tun, wie Eltern ihre Kinder erziehen, sondern soll Eltern – wenn gewünscht – Freiräume ermöglichen, ausreichend Zeit mit ihren Kindern verbringen zu können. Daneben unterbreitet der Staat mit der Finanzierung der Kinderbetreuung Eltern ein Angebot, dass diese annehmen können - nicht müssen.

Frage

Wird sich Ihre Partei im Bundesrat auch über eine Korrektur der aktuellen „Gleichstellungspolitik“ hinaus, für einen Abbau der schon im 5. Familienbericht beschriebenen „strukturellen Rücksichtslosigkeit gegenüber Familien“ einsetzen? Wenn ja, in welcher Weise können Sie sich das vorstellen?

Antwort

Eine zentrale Rolle bei der Frage, Perspektiven für Familien zu schaffen, spielen augenscheinlich attraktive Berufsperspektiven und gute Einkommensbedingungen. Das kann Politik nicht allein bewirken. Sie kann und muss aber mehr als bisher Bedingungen schaffen und wieder aktiver werden.

Hierzu hat DIE LINKE. Sachsen-Anhalt eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet. Sie reichen vom Zurückdrängen prekärer Arbeitsverhältnisse durch ein Vergabegesetz über ein Modell der Gemeinwohlarbeit mit Mindestlohn, mehr Stellen im öffentlichen Dienst bis zur Innovationsstrategie zur Ansiedlung von Unternehmen.

Darüber hinaus muss das gesellschaftliche Umfeld kinder-, jugend- und familienfreundlicher gestaltet werden. Dazu sind auch entsprechende finanzielle Mittel zu erhalten bzw. bereitzustellen. Ebenso ist eine gute Infrastruktur für Betreuung, Bildung und Erziehung wichtig, um Familie und Beruf besser vereinbaren zu können.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt sieht Betriebe und Unternehmen in der gesellschaftlichen Verantwortung, sich auf die Bedürfnisse von Familien und ihren Kindern verstärkt einzustellen. Der Wirtschaft selbst unterstellen wir ein Interesse an familienfreundlichen Unternehmensstrukturen, da diese die betriebliche Atmosphäre und die Arbeitsmotivation positiv beeinflussen und somit zu Leistungs- und Produktivitätssteigerungen beitragen können. Dies geschieht bisher in ungenügendem Maße.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt wird sich daher für die Schaffung von Anreizen für familienfreundliche Strukturen im Unternehmen einsetzen. Dazu können die Einrichtung und öffentliche Förderung von Betriebskindergärten, Betriebspatenschaften mit Kindertageseinrichtungen und die Einführung flexibler Arbeitszeitmodelle wie z.B. Job-sharing zählen. Konkrete Maßnahmen sollen dabei im Dialog mit der Wirtschaft entwickelt werden. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für DIE LINKE. Sachsen-Anhalt zentrales Anliegen.